



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 03/2014

**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis Emmendingen/Lahr,
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich freue mich, hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können, der meine politische Arbeit für Sie bzw. euch dokumentiert:

Neue Ausschussmitgliedschaft

Seit dieser Woche bin ich neben dem Rechtsausschuss nun auch Vollmitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, dem ich bislang als Stellvertreter angehörte. Das ist eine verantwortungsvolle Position in der Selbstorganisation unseres Parlamentes und ich bin ein bisschen stolz darauf, von der SPD-Bundestagfraktion dafür berufen worden zu sein.

Oppositionsrechte

Als neues Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses bin ich auch für das Thema Oppositionsrechte im Bundestag zuständig. Wir sind mit unserem Antrag der Koalitionsfraktionen zur „Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode“ (Bundestagsdrucksache 18/481) der Opposition sehr weit entgegenkommen. Sie hat darin zugesprochen bekommen, auf ihr Verlangen hin das Plenum des Bundestages einzuberufen, Untersuchungsausschüsse und Enquetekommissionen einzusetzen, Klagen des Bundestages bei Verstößen von Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union gegen das Subsidiaritätsprinzip einzufordern, sowie Auskünfte zum Europäischen Stabilitätsmechanismus zu erhalten etc.

Genmaiszulassung in der Europäischen Union

Zu dem heiß umstrittenen Thema sende ich Ihnen/Euch meine heutige
Presseerklärung:

Johannes Fechner gegen den Anbau von Genmais in Deutschland

SPD-Bundestagsabgeordneter Johannes Fechner bedauert, dass die sich Bundesregierung auf Druck der CDU bei der Abstimmung in der EU-Kommission über die Zulassung von genmanipuliertem Mais enthalten hat. „Auch bei uns im Landkreis sorgen sich Verbraucher und örtliche Verbände wie die Imker oder der Naturschutzbundes zurecht über die Gefahren von Genmais“, so Fechner. Die große Mehrheit der Verbraucher in Deutschland wolle keine genmanipulierten Nahrungs- und Futtermittel. Auch deutsche Unternehmer wollen weiterhin Lebensmittel produzieren nach dem Motto: „Frei von Gentechnik – Made in Germany“. Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag hat sich Fechner deshalb in einer persönlichen Erklärung vom Vorgehen der CDU-Ministerien deutlich distanziert. „Gentechnisch veränderten Pflanzen sind unkontrollierbar und ein Risiko für Umwelt und gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft“, argumentiert Fechner. Leider sei die CDU für die Freigabe des gentechnisch manipulierten Mais gewesen, so dass sich Deutschland mangels Einigung der Koalitionspartner enthalten habe. Fechner fordert nun, dass rasch nationale Ausnahmemöglichkeiten geschaffen werden, die es EU-Staaten ermöglichen, den Anbau von gentechnisch manipuliertem Mais in Deutschland zu verhindern. Positiv sieht Fechner dagegen die von Wirtschaftsminister Gabriel beabsichtigte Begrenzung der Biogasförderung auf Reste und Abfälle. Der übermäßige Maisanbau in unserer Landschaft könne dadurch verhindert werden. „Der Breisgau darf nicht zum Maisgau werden“, so Fechner.

Rente

Mit dem Rentenpaket der Koalition geht es darum, Lebensleistungen von Menschen anzuerkennen. Es werden keine Geschenke verteilt. Deshalb geht es hier um Gerechtigkeit und Respekt. Man sollte dabei nicht die Generationen gegeneinander ausspielen. Die SPD-Fraktion habe auch die Zukunftschancen der jungen Generation fest im Blick. Über die entscheiden nicht die aktuelle Rentenpolitik, sondern die Investitionen, die in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Wirtschaft getätigt und mit denen die Grundlage für künftige Einkommen und die künftige Rentenfinanzierung geschaffen würden.

Das Rentenpaket beinhaltet

- die abschlagsfreie Rente für Menschen, die mindestens 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben,
- die verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden (sog. "Mütterrente"),

- höhere Renten bei Erwerbsminderung und
- eine Anpassung der Leistungen für Rehabilitationsmaßnahmen an die demographische Entwicklung.

Damit schließt das Rentenpaket Gerechtigkeitslücken. Dies kommt direkt bei den Menschen an. Deshalb stimmen nach einer Erhebung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auch 78 Prozent der Bevölkerung der abschlagsfreien ab 63 Jahren zu, 83 Prozent befürworten die Mütterrente, und 77 Prozent bejahen, dass Menschen, die aus Krankheitsgründen früher in Rente gehen müssen, bei der Erwerbsminderungsrente besser gestellt werden. Weitere Informationen der Bundesministerin für Arbeit und Soziales zum Thema sind hier zu finden:

<http://www.rentenpaket.de>

Sobald der Gesetzgebungsprozess beginnt werde ich noch in der Sommerpause über unsere Rentenpolitik in öffentlichen Diskussionsveranstaltungen informieren.

Diätenerhöhung

Demokratie braucht finanziell unabhängige und unbestechliche Abgeordnete, das ist Standpunkt der SPD-Bundestagsfraktion. Mit dem freien Mandat und dem Auftrag, Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes zu sein, wäre es unvereinbar, wenn finanziell abhängige Abgeordnete im Parlament entscheiden oder wenn sie Entscheidungen aufgrund illegitimer Vorteile treffen oder unterlassen. Deshalb stellt sich die Große Koalition zu Beginn dieser Wahlperiode gleich zwei großen Herausforderungen:

Schon 1995 hat der Bundestag beschlossen die Abgeordneten-Diäten an der Beamten-Besoldungsgruppe B6 zu orientieren. Dies entspricht der Gehaltsklasse von Landräten und Oberbürgermeistern kleiner Städte. Dies wurde aber bislang nicht vollständig umgesetzt. Dass nun die Diäten für 2014 und 2015 jeweils um 415€ monatlich bis auf B6 erhöht werden sollen, ist allerdings ein großer Sprung und ich weiß ehrlich gesagt noch nicht, ob ich dieser üppigen Gehaltserhöhung zustimmen werden. Gehaltserhöhungen hatten immer ein „Gschmäcke“, weil die Bundestagsabgeordneten sich selbst das Gehalt erhöhen. Eine unabhängige Expertenkommission hat deshalb vorgeschlagen, die Diäten an die allgemeine Lohnentwicklung zu koppeln. Dies ist absolut richtig und transparent und wurde auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion in den Gesetzesentwurf eingearbeitet.

Steuerhinterziehung

Die Haltung der SPD, das von Schwarz-Gelb initiierte Steuerabkommen mit der Schweiz abzulehnen, hat sich im wahrsten Sinne des Wortes ausgezahlt. Dies hat die 2013 nochmals stark gestiegene Zahl der Selbstanzeigen und der Fall Alice Schwarzer gezeigt. Wir werden als SPD-Bundestagsfraktion weiter eine harte Linie gegenüber illegaler Steuerflucht verfolgen. Die SPD fordert eine Beschränkung der

strafbefreienden Selbstanzeige auf Bagatellfälle bis 50.000 Euro, eine längere Verjährungsfrist für Steuerstraftaten und den Aufbau einer bundesweiten Steuerfahndung: Wir wollen die Hilfestellung von Banken bei der Steuerhinterziehung und Steuerflucht härter bestrafen. Deswegen plädieren wir auch dafür, dass ein Entzug der Banklizenz in Erwägung gezogen werden kann, sofern eine Beihilfe zum Steuerbetrug erfolgt. Dies ist meine letzte Pressemitteilung zu dem Thema:

SPD Bundestagsabgeordneter Fechner: Steuerbetrug stärker bekämpfen

In der aktuellen Debatte um Steuerbetrug von Prominenten fordert Johannes Fechner gesetzliche Maßnahmen. Es könne nicht sein, dass Steuersünder in erheblichem Umfang Steuern hinterziehen und darauf pokern, straffrei auszugehen. „Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein“ so Fechner. Er wird sich deshalb dafür einsetzen, dass nur noch in Bagatellfällen eine Selbstanzeige von Steuersündern dazu führt, dass diese straffrei davonkommen. Fechner unterstützt die Forderung des NRW- Finanzministers Walter-Borjans, die strafbefreiende Selbstanzeige nur zuzulassen, wenn die Steuerschuld insgesamt auf zurückliegende Jahre unter 50.000 Euro liegt. „Da unser Steuersystem sehr kompliziert ist und Fehler leicht passieren können, ist diese Bagatellgrenze sinnvoll“, so Fechner. Denn für kleinere und mittlere Betriebe müsste angesichts des komplizierten Steuersystems die Möglichkeit eröffnet werden, bei vorkommenden Fehlern diese straffrei zu korrigieren. Wenn allerdings systematisch Steuern hinterzogen werden und ein Betrag von 50.000€ Steuerschuld innerhalb von 10 Jahren überschritten werde, sei die Grenze des Zumutbaren erreicht. Dann dürfe es, so Fechner, keine Straffreiheit geben. Deshalb fordert Fechner, dass die Verjährungsfrist für Steuerdelikte von fünf auf 10 Jahre verlängert wird. Steuerbetrüger müssen dann die letzten 10 Jahre nachversteuern. Fechner fordert ferner, die Strafen für Banken und Finanzinstitute, die Beihilfe zum Steuerbetrug leisten, spürbar zu erhöhen. Die Große Koalition werde auch in diesem Zusammenhang die Einführung eines Unternehmensstrafrechts prüfen, das Strafen für Unternehmen und nicht für nur die handelnden Personen ermöglicht. Die jetzt bekannt gewordenen Fälle von prominenten Steuerhinterziehern zeigten, wie richtig es gewesen sei, Steuerdaten- CD'S anzukaufen und das Steuerabkommen mit der Schweiz zu stoppen. Denn dann wären die Steuerhinterzieher davongekommen, während allein Baden- Württemberg durch Selbstanzeigen infolge der Hoeneß- Affäre rund 350 Millionen Steuern von Steuerhinterziehern eingenommen habe. „Wir haben in Deutschland gewaltige Aufgaben und Investitionen zu schultern. Diese Lasten müssen gerecht verteilt sein, indem jeder seine Steuern bezahlt“, so Fechner.

Energiewende

Das populistische Spiel von Ministerpräsident Seehofer gegen die Bundesregierung ist inakzeptabel. Wer die Energiewende will, kann sich dem Ausbau der neuen Infrastruktur nicht total verweigern und dazu noch ein neues klimaschädliches Gaskraftwerk fordern. Ich engagiere mich nach Kräften für den Ausbau von Windkraft und Erneuerbaren Energien in Süddeutschland sowie insbesondere auch die Abschaltung des KKW Fessenheim, schaue aber auch genau hin wer was aus welchen Interessenlagen in der politischen Diskussion fordert. In der letzten Fraktionssitzung haben ich Sigmar Gabriel aufgefordert, den Stichtag für das Auslaufen der Windkraftförderung deutlich zu verlängern und vor allem die Vergütung von Windkraftanlagen, die den sog. Referenzwert von weniger als 77,5% unterschreiten, nicht zu kürzen.

Fall Edathy

Da die Faktenbasis im Fall des zurückgetretenen ehemaligen Vorsitzenden des NSU-Untersuchungsausschusses und des Innenausschusses bislang noch unklar ist, will ich mich gegenwärtig gar nicht öffentlich dazu äußern. Schon die bisherige Berichterstattung lässt jedoch befürchten, dass das Vertrauen in die Politik insgesamt Schaden nehmen könnte - oder sogar schon genommen hat. Ich hoffe, am Erhalt dieses Vertrauens mitwirken zu können. Als Mitglied des Immunitätsausschusses bin ich an der parlamentarischen Behandlung dieses Falles unmittelbar beteiligt.

Handball

Am Mittwochabend habe ich mit dem Handball-Bundesligaspiel Füchse Berlin-SC Magdeburg erstmals eine unpolitische Veranstaltung besucht. Für mich als langjährig aktiver Handballer war das ein Highlight und willkommene Entspannung vom manchmal doch hektischen Politikbetrieb.

Herzliche Grüße
Ihr/euer



Dr. Johannes Fechner, MdB